

Einleitung: Das neue Normal. Konflikte um die Arbeit der Zukunft

Zum alten Normal der Vor-Krisenzeit führt kein Weg zurück. Aber wie wird das neue Normal aussehen und wie sollte es aussehen, das Normal des Jahres 2023 und darüber hinaus? Und wer entscheidet darüber? Mit dieser Frage haben wir das Erscheinen dieses Buches angekündigt. Das war im Januar 2022. Seitdem haben sich schon länger virulente Krisen dramatisch zugespitzt. Der Ukraine-Krieg und die Explosion der Lebenshaltungskosten sind zu allen anderen sattsam bekannten Übeln hinzugekommen. Unsicherheiten, wohin man blickt. Krisen und Brüche drohen zum Dauerzustand von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft zu werden. Ist Krise das neue Normal? Und wenn ja, wer gewinnt und wer trägt die Kosten?

Auf die Krise kann man von ganz unterschiedlichen Perspektiven blicken. »Wir stehen vor der größten Krise, die das Land je hatte«, meinte etwa der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).¹ Er meinte in erster Linie eine Krise der Profitwirtschaft und nahm das zum Anlass, soziale Errungenschaften ein weiteres Mal zu attackieren: später in Rente gehen, unbezahlt länger arbeiten, »Lohnnebenkosten« deckeln, Mitbestimmungsrechte schleifen, Arbeitsschutz zurückstellen. Um gleichzeitig beim Staat die Hand aufzuhalten. Aber die Krise trifft nicht alle gleich. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung titelte am 12. 7. 2022: »Die Gewinne steigen trotz Krieg und Krise.« Und weiter: »Krise sieht anders aus. ... Krieg, Corona, knappe Güter – in den Zwischenbilanzen der großen deutschen Unternehmen dürfte sich das noch kaum niederschlagen.« Für die Mehrheit der Gesellschaft, für die Erwerbstätigen und abhängig Beschäftigten sind die Bilanzen aber auch jetzt schon beunruhigend. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, sagte dem Handelsblatt am 9. 7. 2022: »Die gegenwärtige Krise könnte der letzte Tropfen sein, der das Fass der zunehmenden sozialen Spaltung zum Überlaufen bringt.« Und er warnte: »Explodierende Mieten und ein steigendes Armutsrisiko in den letzten zehn Jahren, eine Spaltung bei Bildung und Gesundheit in der Pandemie und nun bei der Inflation könnte Deutschland vor eine soziale Zerreißprobe stellen.«

1 Süddeutsche Zeitung 13. 7. 2022.

Einleitung

Das ist nicht übertrieben. Die Krise von Politik, Gesellschaft und Arbeit hat dramatische Ausmaße erreicht. Hans-Jürgen Urban skizziert sie in diesem Buch so: »Säkulare Umbrüche – wie Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel – prallen aufeinander mit einer Serie externer, unvorhergesehener Schocks – wie etwa der Covid-19-Pandemie (Corona-Pandemie) und dem Ukraine-Krieg. Aus dieser Gleichzeitigkeit gehen Probleme hervor, die an Tiefe und Komplexität ihresgleichen suchen. Die Gesellschaften sind mit einer Vielfachkrise (›Polykrise‹) des Gegenwartskapitalismus konfrontiert.« Urban zitiert dann den britischen Historiker Adam Tooze mit der Feststellung, dass »das Ganze gefährlicher [ist] als die Summe seiner Teile. Oder anders gesagt: Die einzelnen Krisen existieren nicht einfach nebeneinander, sondern beeinflussen sich gegenseitig.«

Wir haben durchaus schon Übung darin, Krisen als Element des Normalen zu betrachten. In der (2020 geschriebenen) Einleitung zur Ausgabe 2021 unseres »Jahrbuches« hatten wir festgestellt: »Pandemie und Lockdown trafen auf einen instabilen Kapitalismus, in dem soziale Polarisierung, zunehmend prekäre Beschäftigung, ökologische Destruktion und eine Tendenz zur ›Postdemokratie‹ längst virulent waren.« Im folgenden Jahr zeichnete sich zum ersten Mal ab, dass es – wann und wie auch immer – ein »nach Corona« geben würde und der Blick sich auf die Zeit »danach« richten müsse. Das war das zentrale Thema unseres »Jahrbuches« 2022, das im Verlauf des Jahres 2021 geschrieben wurde. Das Krisenmanagement von Kapital und Politik in dieser Zeit war geprägt von der Hoffnung, die lästige Unterbrechung der Corona-Krise möglichst bald zu beenden und auf die gewohnten Pfade zurückzukehren. Auch damals holten die Arbeitgeberverbände alte Konzepte der Deregulierung und Flexibilisierung aus der Schublade und setzten noch eins drauf. Die Politik ging mit und wollte »nach Corona« die »Entfesselung der Wirtschaft« unterstützen. Die enormen Kosten der Krise und der ökologischen Transformation sollten die Beschäftigten tragen. Bei allem Gerede vom »zurück zur Normalität« befand sich die Gesellschaft längst in einem Prozess tiefgreifender Umbrüche und Veränderungen. Aber in welche Richtung?

Das ist heute umso mehr die Frage. Es wird darauf ankommen, wie Urban schreibt, das neue Normal eben nicht »den Marktkräften und den Interessen des Gegenwartskapitalismus« zu überlassen. »Das zukünftige Entwicklungsmodell« dieser Gesellschaft müsse »sozial, ökologisch und demokratisch ausfallen«. Die damit verbundenen Aufgaben und Konflikte sind auch die zentralen Themen dieses Jahrbuches.

Zuspitzung scheinbar über Nacht

Es hat nur wenige Monate gebraucht, um im Lauf des Jahres 2022 die »größte Krise, die das Land je hatte« zum alles beherrschenden Thema auch im Bewusstsein der arbeitenden Bevölkerung zu machen. Krise gab es auch schon, als wir im Januar 2022 dieses Buch geplant hatten. Aber der Ukraine-Krieg lag noch in unbekannter Zukunft, Rohstoff- und Energieknappheit waren noch nicht überall bemerkbar geworden, Inflation war noch weitgehend ein Fremdwort, die Explosion der Lebenshaltungskosten hatte noch nicht eingesetzt.

Aber nur wenige Monate später sah alles ganz anders aus. Rudolf Hickel skizziert die neue Situation in seinem Beitrag so: »Scheinbar über Nacht hat die Inflation mit ihren sozial-ökonomischen Folgen Gesellschaft und Politik herausgefordert.« Und weiter: »Mit diesem doppelten Schock – durch die Corona-Krise und den Eroberungskrieg Russlands gegen die Ukraine – sind zugleich brennpunkthaft längerfristig angelegte strukturelle Triebkräfte der Inflation offensichtlich geworden. Ursache ist die schon länger erkennbare Krise der Hyper-Globalisierung.«

Hickel untersucht die komplexen Ursachen dieser explosionsartigen Zuspitzung der Probleme. Er nennt »sehr unterschiedliche endogene, exogene, aber auch politisch gewollte und geopolitisch erzwungene Einflüsse«. Zwei externe Schocks, die Corona-Krise mit den unterbrochenen Lieferketten und der Ukraine-Krieg, sind hier besonders wirksam. Mit den gegen den Aggressor Russland »gerichteten Sanktionen und Lieferbeschränkungen ist die über Jahrzehnte für alle Beteiligten vorteilhafte Verflechtung vor allem im Bereich fossiler Energien in eine machtpolitisch missbrauchte, bedrohliche Abhängigkeit umgeschlagen«, so seine Feststellung. »Zugleich«, so fährt er fort, sind »brennpunkthaft längerfristig angelegte strukturelle Triebkräfte der Inflation offensichtlich geworden.« Neben der »Krise der Globalisierung« verweist Hickel auf weitere Faktoren. »Schließlich haben politisch gewollte Maßnahmen die gesamtwirtschaftliche Preisbildung beeinflusst. Beispiele sind das Klimaziel von 1,5 Grad auch durch Einsatz ökologischer Preisaufschläge sowie die Sicherung fairer Bezahlung und Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen der Wertschöpfung in der Welt.« Aus dieser Gesamtschau müssen sich solidarische sozialpolitische Maßnahmen ergeben, die sich auf die am stärksten Betroffenen konzentrieren und die großen Einkommen und den privaten Reichtum zur Finanzierung dieser Maßnahmen hinzuziehen.

Die Explosion der Lebenshaltungskosten droht, eine positive Entwicklung der Reallöhne in den Jahren vor der Corona-Krise zunichte zu machen. Das WSI-Tarifarchiv kommt zu dem beunruhigenden Fazit: »Nach den bislang vorliegenden Abschlüssen steigen die Tariflöhne 2022 durchschnittlich

Einleitung

nominal um 2,9 Prozent, nach Abzug der Inflationsrate sinken sie real um 3,6 Prozent.«²

Krise und unsichere Perspektiven

Die aktuelle Erwerbstätigenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, wie sich die krisenhafte Zuspitzung auch im Bedrohungsgefühl der Beschäftigten niederschlägt.³ 57 Prozent der Befragten empfinden Sorgen wegen einer möglichen Ausweitung des Ukraine-Krieges, fast ebenso viele (54 Prozent) sind verunsichert wegen der steigenden Preise. 52 bis 60 Prozent der Befragten berichten von »äußersten« oder »starken« Belastungen durch den Anstieg der Lebensmittel-, Energie- und Kraftstoffpreise. Bei den Erwerbspersonen mit niedrigem Einkommen bis 1300 Euro netto im Monat betrifft das 79 Prozent der Befragten. Die Sorgen reichen aber weit hinein in die mittleren Einkommensgruppen mit 54 bis 59 Prozent. Befragte, die schon während der Pandemie Einbußen hinnehmen mussten und besonders hohen sozio-emotionalen Belastungen ausgesetzt waren, müssen sich nun erneut in überdurchschnittlichem Maß finanzielle Sorgen machen.

»Besonders ausgeprägt«, schreibt die Böckler-Stiftung, »sind auch Sorgen um die soziale Gerechtigkeit«. Dies auch vor dem Hintergrund von satten Gewinnen vieler Konzerne trotz Krise. Sehr hoch ist der Anteil derjenigen, die die wirtschaftliche Entwicklung und die zunehmende soziale Ungleichheit als bedrohlich empfinden (44 Prozent bzw. 41 Prozent) und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet sehen. Ein großer Teil der Beschäftigten sieht also sehr klar, dass der finanziellen Benachteiligung der Mehrheit die Zunahme des privaten Reichtums gegenübersteht. Dieser Widerspruch gibt dem Thema Gerechtigkeit einen neuen, höheren Stellenwert, auch in den gewerkschaftlichen Aktivitäten, so der sehr zutreffende Hinweis von Kai Burmeister, Maren Diebel-Ebers und Jendrik Scholz auf den folgenden Seiten dieses Buches.

Drei Viertel der von der Hans-Böckler-Stiftung Befragten fürchten, so die Befunde, dass die Einkommensverteilung durch den Ukraine-Krieg und seine Folgen (noch) ungleicher wird. Zwei Drittel fühlen sich vom Staat nicht ausreichend unterstützt. Und ebenso viele fürchten, »dass die Gesellschaft so weit auseinanderdriftet, dass sie Gefahr läuft, daran zu zerbrechen«. Entsprechend gering ist die Zufriedenheit mit dem politischen Krisenmanagement: Fast zwei Drittel der Befragten (63 Prozent) äußern Unzufriedenheit. »Diese Befunde zeigen«, so schlussfolgert die Stiftung, »dass in der Krise eine

² Hans-Böckler-Stiftung, Pressedienst 23. 8. 2022.

³ Hans-Böckler-Stiftung, Pressedienst vom 27. 5. 2022.

enorme Sprengkraft liegt, die das Potenzial habe, die Gesellschaft als Ganze zu destabilisieren«.

Vorliegende Daten stützen diese Warnungen. Perspektivisch werden bis zu 60 Prozent der bundesdeutschen Haushalte ihre gesamten verfügbaren Einkünfte – oder mehr – monatlich für die reine Lebenshaltung einsetzen müssen.⁴ Der deutsche Mieterbund befürchtet, dass das untere Einkommensdrittel der Bevölkerung die Kosten für Energie nicht bezahlen kann.⁵ Das DIW wies warnend darauf hin, dass fast 40 Prozent der Menschen in Deutschland praktisch kein Ersparnis und auch sonst keinen Schutzmechanismus hätten, um mit den höheren Lebenshaltungskosten umzugehen.⁶ Sebastian Dullien, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bei der Hans-Böckler-Stiftung, errechnete für die deutsche Wirtschaft einen Schock in der Größenordnung von 200 Mrd. Euro – der kurzfristig von Unternehmen, Privathaushalten und Staat zu tragen sei. Steigt der Gaspreis weiter, könnte sich diese Summe auf 265 Mrd. erhöhen. Besonders betroffen seien die Privathaushalte, die eine Mehrbelastung von 70 Mrd. Euro jährlich stemmen müssten, mit der (inzwischen allerdings gecancelten) Gasumlage sogar 80 Mrd. Euro. Da die Haushalte gezwungenermaßen den Konsum zurückfahren müssten, drohe eine konsumgetriebene Rezession.⁷ Bedenkt man nun noch, dass die Wirtschaftsleistung absehbar sinken wird und die Inflationsrate von rund 8 Prozent (im Sommer 2022) schon im Herbst auf 10 Prozent stieg – so die Befürchtung der Bundesbank⁸ –, dann klingen die Warnungen der Hans-Böckler-Stiftung keineswegs übertrieben.

Das sind beunruhigende Ausblicke auf das neue Normal, für Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft. Darauf verweist auch Urban: »Widersprüchliche Arbeitsbedingungen, unsichere Arbeitsmarktentwicklungen und soziale Polarisierung mit Blick auf Inflationsbetroffenheit und Einkommen bilden das Problemanorama, das die Arbeitswelt der Krisen- und Pandemiezeit prägt.« Zu den nun schon seit Jahren schwelenden Problemen der Globalisierung, der Digitalisierung und der sozial-ökologischen Transformation kamen in den Jahren seit 2020 neue Probleme der Corona-Pandemie und der Sicherung von Arbeitsplätzen hinzu und nun auch die mit dem Ukraine-Krieg, den fragilen Lieferketten und der Inflation verbundenen Konflikte. In diesem Zusammen-

4 So die Befürchtung des Sparkassen- und Giroverbands, s. Frankfurter Rundschau 22.8.2022.

5 Focus 7.8.2022.

6 Handelsblatt 9.7.2022.

7 Sebastian Dullien am 26.8.2022 auf Twitter.

8 Bundesbank, Monatsbericht August 2022, <https://www.bundesbank.de/de/publikationen/berichte/monatsberichte/monatsbericht-august-2022-895886>.

Einleitung

hang sind vor allem die Konflikte um die digitale und sozial-ökologische Transformation die zentralen Themen dieses Buches.

Konflikte um die sozial-ökologischen Transformation

Die radikale Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft weg vom fossilen Wirtschaften, die sozial-ökologische Transformation ist ein hochgradig konfliktreicher, mit tiefen Umbrüchen verbundener Prozess, der – vor dem Hintergrund der skizzierten Krise – noch zusätzlich komplizierter geworden ist, so der Hinweis von Steffen Lehndorff in diesem Buch. Das betrifft in hohem Maße auch die Automobilindustrie und den Verkehrssektor. Mario Candeias und Stephan Krull schreiben in ihrem Beitrag dazu: »Aus Sicht der Beschäftigten darf das neue Normal nicht durch Arbeitsplatzverluste und Unsicherheit geprägt sein. Transformation und Verkehrswende müssen mehr sein als ein Wechsel der Antriebe vom Verbrenner zum Elektromotor.« Den Beschäftigten müssten Ängste genommen und für sie müssten »Sicherheiten und gerechte Übergänge« geschaffen werden. Die beiden Autoren zeigen, dass über eine alternative Produktion »hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen und Beschäftigungsverluste in der Automobilindustrie ausgeglichen und sogar überkompensiert werden können.« Nur wird das alles andere als ein harmonischer Prozess sein. »So plausibel und machbar unsere Szenarien aber auch sein mögen«, schreiben Candeias und Krull: »Ihnen stehen knallharte Interessen entgegen. Sie müssen in absehbaren harten Konflikten erkämpft werden.« Und in diesen Konflikten werden auch die Profit- und Wachstumsinteressen der mächtigen fossilen Konzerne und der sie schützenden Politik thematisiert werden müssen. Das erfordert Druck auf eine aktive staatliche Industriepolitik und umfangreiche demokratische Beteiligung und neue Allianzen für eine sozial und ökologisch gerechte Mobilitätswende. Wie notwendig das ist, hat der Ende August 2022 vorgelegte Bericht des Klima-Expertenrats ein weiteres Mal gezeigt.⁹ Dem Bericht zufolge droht der Sektor des motorisierten Verkehrs – vor allem der Automobilsektor – die vorgegebenen CO₂-Minderungsziele weit zu verfehlen, wenn die Politik kein Umsteuern durchsetzt.

Es geht bei alledem aber keineswegs um De-Industrialisierung. Das zeigt der Beitrag von Heiko Reese am Beispiel der Stahlindustrie. Der Autor nennt einen »starken industriellen Sektor« als Ziel, der »klimafreundliche Produkte nachhaltig produziert«. Auch hier geht nichts ohne eine aktive Industriepolitik. Es geht um eine Stahlproduktion ohne fossile Energien – eine Mam-

9 file:///C:/Users/49170/Downloads/ERK2022_Pruefbericht-Sofortprogramme-Gebaeude-Verkehr.pdf.

mutaufgabe, die durch die drastische Verteuerung von Energie noch einmal schwieriger geworden ist. Und es geht insgesamt um mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze. Für die Transformation wird für eine gewissen Zeit Gas als Übergangsenergieträger benötigt, da Wasserstoff kurzfristig nicht zur Verfügung stehen kann. Das alles ist durch Ukraine-Krieg und Energiekrise noch sehr viel schwieriger geworden. Aber es gibt nun einmal keine Alternativen zum Großprojekt grüne Stahlproduktion.

Ähnliche Probleme zeigen sich beim Schiffbau und bei der Luftfahrtindustrie. Wie auch schon beim Stahl drängt die IG Metall mit der aktiven Unterstützung der Betriebsräte der Branchen die Politik zu einem Handeln, das die sozialen Seiten der Transformation mit den ökologischen Aufgaben verbindet. Daniel Friedrich skizziert die schwierige Aufgabe, von fossilen Treibstoffen wegzukommen, einen grünen Schiffbau als Schlüsselindustrie für den globalen Handel zu schaffen und dabei nicht nur Arbeitsplätze zu sichern, sondern auch gute Arbeit durchzusetzen. Ähnlich anspruchsvoll stellen sich die Aufgaben bei der Schaffung einer ganz neuen Flugzeuggeneration, die Wasserstoff als Treibstoff verwendet.

Insgesamt vollziehen sich in der Industrie, im Handwerk, im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor gewaltige Veränderungen. »Schon lange befinden sich Wirtschaft und Gesellschaft in einer tiefgreifenden Transformation«, so die Feststellung von Kai Burmeister, Maren Diebel-Ebers und Jendrik Scholz. Was sie am Beispiel des Landes Baden-Württemberg – ein industrielles Zentrum in Deutschland – aus gewerkschaftlicher Sicht beschreiben, trifft auch auf die Probleme der sozial-ökologischen Transformation generell zu: »Der Anspruch der Gewerkschaften ist: Es muss dabei gerecht zugehen.« Es braucht eine »starke Wirtschaft und eine gute Daseinsvorsorge.« Die Krisen der jüngsten Zeit, die hinzukamen, haben den Prozess zusätzlich schwieriger gemacht. Umso wichtiger ist ein aktives Eingreifen auch der Gewerkschaften. Das ist der Kern der gewerkschaftlichen Initiative »BWGERECHT.jetzt«: Sie zielt auf gute Arbeitsbedingungen, demokratische Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen und eine verlässliche Daseinsvorsorge – damit aus Umbrüchen keine Brüche werden.

Ein neuer Schub der Digitalisierung

In den vergangenen drei Jahren ist die Arbeitswelt auch durch einen Schub der Digitalisierung stark verändert worden. Vor allem die Corona-Pandemie mit ihrem Zwang, schnelle Maßnahmen zum Infektionsschutz auch in den Betrieben durchzusetzen, hat auf einigen Gebieten die Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen durch digitale Mittel nachhaltig verändert: Wir haben eine rasche »Flexibilisierung von Arbeitsort und Arbeitszeit, eine forcierte

Einleitung

Digitalisierung von Arbeit und Arbeitsprozessen sowie Veränderungen in der Führungskultur« erlebt, wie es im Beitrag von Hans-Jürgen Urban heißt. »Für viele waren diese Veränderungen mit steigender Arbeitsintensität sowie erhöhten Beschäftigungsrisiken und -ängsten verbunden.«

Bevor wir dem weiter nachgehen, lohnt es sich aber unter die Lupe zu nehmen, wie weit die Digitalisierung Wirtschaft und Arbeitswelt tatsächlich schon prägt. Peter Schadt und Nathan Weis blicken in ihrem Beitrag zurück auf das Jahrbuch Gute Arbeit 2016, das sich mit Trends und Anforderungen hinsichtlich der digitalen Arbeitswelt befasste. Die Erfinder des Begriffs Industrie 4.0 hatten damals kaum mehr zu bieten als einen Hype um eine clevere Marketing-Strategie. Auch heute sind die tatsächlichen Auswirkungen der Digitalisierung auf die reale Produktivkraftentwicklung mit Vorsicht zu bewerten. Aber eines hat sich seit damals grundlegend verändert, so das Fazit der beiden Autoren: Durch den »Zusammenschluss von Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gewerkschaft in der Plattform Industrie 4.0« ist aus dem reinen »agenda-building« ein »Megatrend« und ein »milliardenschweres politökonomisches Programm« geworden, das durch politisch gewollte und geförderte »ökonomische Aufrüstung« eine wichtige Rolle spielt in der Konkurrenz der kapitalistischen Staaten um den größten Marktanteil und an den erwarteten Profiten.

Wenn die Software zum vorherrschenden Arbeitsmittel wird, so schreibt Nadine Müller, ist das in der Tat eine tiefgreifende Umwälzung. Während der Pandemie wurde Kommunikation auch bei Interaktionsarbeit, bei der Arbeit mit Menschen in hohem Maß digitalisiert, vor allem im Dienstleistungssektor. Persönliche Kontakte wurden vielfach durch digitale Kommunikation ersetzt. Dadurch entstanden für die dort Arbeitenden neue Belastungen. Einen gewissen Schub erlebte auch die »künstliche Intelligenz«, d.h. dialogfähige Systeme und Algorithmen, die »lernen« und selbstständig Aufgaben übernehmen. Müller warnt aber vor übertriebenen Erwartungen. Anforderungen an die Humanisierung der Arbeit hinken der Software-Revolution hinterher, und der Handlungsbedarf beim Arbeitsschutz, bei der Mitbestimmung und bei der Qualifizierung ist sehr groß. Ohne aktive Beteiligung von Beschäftigten und Interessenvertretungen werden solche Neuerungen nicht zu mehr humaner Arbeitsgestaltung führen. Dass sich bei KI ganz neue Regulierungsanforderungen stellen, ist auch Thema des Beitrags von Thorben Albrecht, Detlef Gerst und Julia Görlitz. KI-Anwendungen können Arbeit erleichtern, sie können aber auch menschliche Arbeit verdrängen und Beschäftigte lückenlos überwachen und ihre Handlungsspielräume verengen. Deshalb bedarf es bei ihrer Einführung umfassender rechtlicher Regulierung und weitreichender betrieblicher Mitbestimmung. Das bisherige Mitbestimmungsrecht und die

darauf fußende Praxis müssen, um den neuen Anforderungen gewachsen zu sein, gründlich reformiert werden. Das betrifft vor allem das Betriebsverfassungsrecht. »Beim Einsatz von KI im Arbeitsumfeld handelt es sich um ein entscheidendes Handlungsfeld von Gewerkschaften in den kommenden Jahren«, so das Fazit von Autorin und Autoren.

Den Zusammenhang von Arbeitsbedingungen und Digitalisierung diskutieren Barbara Susec und Robert Spiller am Beispiel des Gesundheitswesens, eines – wie sich in der Pandemie gezeigt hat – systemrelevanten Wirtschaftszweigs. Inzwischen werden die Beschäftigten im Gesundheitswesen zwar besser bezahlt, schreiben Susec und Spiller, es zeigt sich aber, »dass sich die Arbeitsbedingungen insbesondere in den Pflegeberufen nicht verbessert haben, obwohl das pflegerische Versorgungssystem bereits vor der Pandemie an der Belastungsgrenze war. Für viele Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ist im dritten Pandemiejahr das tägliche Arbeiten in Mindestbesetzung zum neuen Normal geworden.« Dagegen wehren sich die Beschäftigten zusammen mit ihrer Gewerkschaft ver.di auch mit Streiks und der Forderung nach wirksamer Entlastung, nach verbindlichen Personalbemessungen. Beispielhaft stehen dafür z. B. der 77-Tage-Streik der Krankenhaus-Beschäftigten in NRW im Sommer 2022 oder Warnstreiks an großen Kliniken, etwa an den Unikliniken in Frankfurt. Susec und Spiller zeigen, dass »digitale Assistenzsysteme bei gleichzeitiger Aufwertung der Tätigkeit« Entlastung unterstützen können. Das bleibt aber ein konfliktreicher Prozess. Seine Ziele: »Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Aufwertung der Pflegeberufe und Verbesserung der Versorgungsqualität.«

Wie stark Digitalisierung und Gute Arbeit auseinanderfallen können, illustriert Veronika Mirschel am Beispiel der Plattformökonomie. Crowdwork ist geradezu ein Tummelplatz prekärer Beschäftigung. Zwar gibt es einige wenige positive Beispiele freiwilliger Selbstverpflichtung einiger Unternehmen. Aber letztlich hängt alles von der Politik ab – der bundesdeutschen und der der EU. »Die Bereitschaft einiger Plattformen zu einer freiwilligen Selbstverpflichtung zur Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen und die Akzeptanz einer entsprechenden Schiedsstelle (Ombudsstelle) ist begrüßenswert«, schreibt Mirschel. »Doch letztlich bedarf es hier klarer gesetzlicher Regeln, deren Einhaltung auch kontrolliert wird und die bei Verstößen wirksame Sanktionen vorsehen, sowie eines Rechts der formal selbstständig Beschäftigten auf diesen Plattformen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Kollektivverhandlungen über ihre Arbeitsbedingungen zu führen.«

Luca Karg und Maurice Laßhof haben auf der Basis des IG Metall-Transformationsatlas' und mit eigenen Befragungen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) den gegenwärtigen Digitalisierungsstand der indus-

Einleitung

triellen Berufsausbildung in den Betrieben und die damit einhergehenden antizipierten Chancen und Risiken für Auszubildende sowie ihre Möglichkeiten und Grenzen der Mitbestimmung auf diesem Gebiet genauer untersucht. Das ernüchternde Resultat zeigt, dass bei rund 40 Prozent der Azubis die Digitalisierung noch auf einem (sehr) niedrigen Niveau verharret; das Agieren der Betriebe ist oftmals von Unsicherheit und mangelnder Planung geprägt. Gleichwohl sehen die befragten JAVen perspektivisch eine ähnliche Belastungszunahme wie bei allen Beschäftigten, die mit Digitalisierungsprozessen konfrontiert sind. Um das im Sinne guter Arbeit zu regeln, bedarf es einer starken Mitbestimmung auch in der Ausbildung. Damit die JAV hier gegenüber den Betriebsräten ihrer beratenden Funktion nachkommen kann, müsste sie von den Betriebsleitungen über jeweilige Digitalisierungsvorhaben gut informiert sein. Hier sehen Karg und Laßhof besonders große Defizite und Schwächen, die auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebsräte einschränken.

Homeoffice als Teil des neuen Normal

Es sind gegensätzliche, sich teilweise diametral widersprechende Interessen, die auf die Konturen des neuen Normal Einfluss zu nehmen versuchen. »Der Markt« wird es nicht richten. Kaum jemand kann heute noch die Augen davor verschließen, dass in diesen Konflikten auch dem Staat eine Schlüsselrolle zukommt, darauf weist Steffen Lehdorf in seinem Beitrag hin. Das zeichnete sich bereits nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise nach 2008ff. ab und schälte sich in den vergangenen drei Jahren der Pandemie noch deutlicher heraus.

Die Erfahrungen mit dem Homeoffice als eine von den Zwängen der Pandemie stark geprägte digitale Arbeitsform sind dafür ein gutes Beispiel. Im Frühjahr 2021 arbeitete etwa ein Drittel der Beschäftigten oft oder ständig im Homeoffice; nach Daten des Statistischen Bundesamts waren rund 25 Prozent der insgesamt 41 Mio. abhängig Beschäftigten im Homeoffice (s. dazu auch den Datenanhang in diesem Band). Es sind – auch längerfristig – aber mehr als diese rund 10 Millionen, für die digitale und mobil einsetzbare Arbeitsmittel künftig die Arbeitsbedingungen stark prägen werden. »Das Arbeiten von zuhause hat die Arbeitsbedingungen der Betroffenen grundlegend verändert«, so die Zusammenfassung von Hans-Jürgen Urban. »Es dürfte nicht für alle, aber für viele Beschäftigte ein Element der zukünftigen Arbeitswelt bleiben. ... Gerade die Arbeit im Homeoffice zeigt, wie traditionelle Probleme wie Arbeits- und Leistungsverdichtungen sowie physische und psychische Belastungen sich mit neuen Ent- und Belastungen verschränken. Auf der einen Seite waren ein Mehr an Selbstbestimmung durch die Vermeidung

von Pendelzeiten und Erleichterungen bei der Koordinierung von Erwerbs- und Sorgearbeit zu verzeichnen. Zugleich aber stiegen die Belastungen in der Arbeit.«

Rolf Schmucker und Robert Sinopoli sind dieser Entwicklung auf der Basis der Erhebung des DGB-Index Gute Arbeit 2021 genauer nachgegangen. Sie zeigen, dass die Verlegung der Arbeit ins Homeoffice zwar der Ausbreitung des Covid-19-Virus entgegenwirken konnte, dass sie auch in Hinsicht auf Flexibilität und Vermeidung von langen Anfahrtswegen den Wünschen vieler Beschäftigter entgegenkam, dass sie aber auch in hohem Maß Entgrenzung, Zeitdruck, Erwartungen an ständige Erreichbarkeit, neue Belastungen und Stress mit sich gebracht hat. Wenn das neue Normal nicht zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten gehen soll, wird es vor allem darauf ankommen, die neuen digitalen und mobilen Arbeitsformen viel stärker als bisher durch betriebliche, tarifvertragliche und gesetzliche Regelungen zu flankieren.

Arbeit im Homeoffice war vor allem im Dienstleistungssektor stark verbreitet – 2021 lag dort die Quote der so Arbeitenden bei rund 41 Prozent. Astrid Schmidt und Christian Wille sind daher – gestützt auf Daten des DGB-Index Gute Arbeit 2020 und 2021 – den Erfahrungen des Homeoffice im Dienstleistungssektor genauer nachgegangen und beziehen sich dabei auch auf Betriebs- und Dienstvereinbarungen zum Thema. Sie können zeigen, dass solche Vereinbarungen entscheidend waren für eine Verbesserung der Arbeitsqualität. Allerdings täuschen die positiven Beispiele nicht darüber hinweg, dass auch nach den Pandemie Jahren 2020 und 2021 die Regelungsdichte kaum besser geworden ist. Noch immer waren zu dieser Zeit nur in rund der Hälfte der Betriebe und Dienststellen entsprechende Vereinbarungen wirksam.

In der zweiten Jahreshälfte 2022 legte das Bundesarbeitsministerium eine neue Sars-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung vor. Entgegen dem ursprünglichen Entwurf werden die Arbeitgeber für die Zeit von Oktober 2022 bis (vorerst) April 2023 nicht verpflichtet, den Beschäftigten Homeoffice anzubieten, sondern sie müssen die Möglichkeit des Homeoffice im Rahmen ihres Hygienekonzepts (zu dem sie allerdings verpflichtet sind) lediglich »prüfen«. Dabei ging es diesmal – anders als bisher in der Pandemie – nicht nur um Infektionsschutz, sondern auch – mit Blick auf die Energiekrise – um die Temperaturen in Arbeitsräumen. Politik und viele Unternehmen drängten darauf, gesundheitsverträgliche Mindesttemperaturen in Arbeitsräumen per Ausnahmeregelung absenken zu dürfen. Die Beschäftigten könnten zum Ausgleich zu Hause arbeiten – offenbar in der optimistischen Erwartung, dass es dann in den Privatwohnungen noch immer warm genug sein werde. Damit

Einleitung

könnten Betriebe allerdings auch einen Teil der gestiegenen Kosten für Heizenergie auf den Privatbereich der Beschäftigten abwälzen.

Das neue Normal braucht breite demokratische Allianzen

»In der Ausnahmesituation der Vielfachkrise prallen die Interessen von Beschäftigten, Unternehmen und politischen Akteuren aufeinander«, schreibt Hans-Jürgen Urban. »Die Ausstattung mit Machtressourcen entscheidet darüber, welche Interessen sich durchsetzen. Das gilt für die Arbeitswelt, für Gesellschaft und Politik gleichermaßen.« Diese Konfliktsituation, so schätzt er, wird die Auseinandersetzungen der nächsten Zeit prägen. Im Grunde geht es also darum, die längst in Gang gekommene Transformation nicht nur ökologisch, sondern auch sozial zu gestalten. Lehndorff unterstreicht, dass das für die Arbeitswelt z. B. bedeutet, die Tarifbindung zu stärken. Denn die Transformation wird zu einer Beschäftigungsexpansion im Dienstleistungssektor führen, und gerade hier ist der Anteil der tariflosen und teilweise auch prekären Beschäftigungsverhältnisse groß. Eine bessere Tarifbindung »ist deshalb eine der Schlüsselaufgaben der arbeitspolitischen Flankierung der sozial-ökologischen Transformation der Industrie und wird absehbar eines der großen Konfliktfelder der kommenden Jahre.«

Rudolf Hickel nennt weitere notwendige Maßnahmen im Sinne einer sozialen Sicherung. »Die Bekämpfung der Inflation ist die eine Aufgabe. Die andere Aufgabe konzentriert sich auf die Sicherung des sozialen Ausgleichs für die von der Inflation hart Betroffenen.« Das erfordert aus seiner Sicht, auf Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip zu verzichten, die den gut Verdienenden und Wohlhabenden Mitnahmeeffekte ermöglichen. Ein negatives Beispiel dafür war die »Gasumlage«. Die Alternative: »Ausgleichsprogramme für die sozialen Belastungen durch die inflationstreibenden Energiepreise müssen gezielt bei der eingrenzbaeren Gruppe der Betroffenen ansetzen.«

Hickel nennt hier insbesondere einen Gaspreisdeckel, der auch die Tarifparteien entlastet. Er plädiert weiter für »staatliche Ausgleichsbeträge aus der Übergewinnsteuer.« Lehndorff unterstreicht in seinem Beitrag, dass soziale Forderungen von Gewerkschaften, Sozialverbänden usw. auch eine Abkehr von der schwarzen Null und »umfassende Steuerreformen (progressive Vermögensteuer, höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen und hohen Einkommen, Entlastung geringer und mittlerer Einkommen)« erfordern. Dazu gehören auch Forderungen nach einer humanen Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Es müsse verhindert werden, dass die Arbeitgeberverbände die Krise nutzen, um hier ein Rollback in Gang zu setzen.

Weitere gewerkschaftliche Forderungen sollen verhindern, dass das neue Normal eine soziale Schiefelage bekommt. In den aktuellen Debatten

sprachen sich der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann und der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke schon früh für einen Preisdeckel für Gas und Strom aus und für eine zweite Energiepreispauschale auch für Rentner:innen und Studierende. Werneke nannte die Zahl von 500 Euro. Hofmann warnte vor einem Bruch des sozialen Zusammenhalts, zumal die massiv belasteten Beschäftigten zugleich erleben müssten, »wie Steuermilliarden etwa Energiekonzerne subventionieren sollen.«¹⁰

Anfang September 2022 legte die Ampel-Koalition Eckpunkte für ein so genanntes drittes Entlastungspaket vor, das mit einem Gesamtumfang von 65 Mrd. Euro etwa doppelt so groß dimensioniert war wie die beiden vorhergegangenen (von Rudolf Hickel ausführlich erörterten) Pakete. Es sah u. a. Entlastungen für Rentner:innen, Arbeitslose und Studierende vor und stellte einige Weichen in die richtige Richtung, war insofern auch eine Reaktion auf Forderungen der Gewerkschaften. Im Paket fehlten aber »weitere direkte Zahlungen für Menschen mit mittleren und eher niedrigen Einkommen«, wie Frank Werneke kritisierte. Und Jörg Hofmann bemängelte, wirksame Entlastungen für »Durchschnittshaushalte« seien »unzureichend«. Insgesamt war der Tenor der gewerkschaftlichen Reaktionen: Das Konzept enthalte richtige Maßnahmen, bleibe aber auf halbem Wege stehen. Vor allem werde am Fetisch der Schuldenbremse festgehalten, es sei immer noch kein Gaspreisdeckel vorgesehen, und an die längst fällige Übergewinnsteuer habe sich die Koalition nicht herangetraut. Mit solchen Inkonsequenzen beraube sich die Regierung ihres »eigenen Handlungsspielraums«, so auch das Fazit des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. »Eine wuchtige Krisenbewältigung«, so hieß es dort weiter, »die diese Gesellschaft zusammenhält und alle mitnimmt, braucht eine beherrschte Finanz- und Steuerpolitik und klare sozialpolitische Prioritäten.« Beides sei die Ampel bisher schuldig geblieben.

Damit ist auch die Frage nach den Akteur:innen in diesen Konflikten aufgeworfen. Oben haben wir schon darauf hingewiesen, dass dem Staat eine Schlüsselrolle zukommt. »So wichtig das ist«, ergänzt Lehndorff in diesem Band, bedarf es aber auch »eines breiten Engagements gesellschaftlicher Akteur:innen und insbesondere der Gewerkschaften, um die Richtung staatlicher Politik beeinflussen zu können.« Und Lehndorff weiter: »Hier kommt es darauf an, gewerkschaftliche Handlungs- und Konfliktfähigkeit möglichst rasch aufzubauen und weiter zu entwickeln. Aufbauen und Weiterentwickeln bedeutet zweierlei: erstens Stärkung der Handlungsfähigkeit ›von unten‹ und zweitens eigenständiges politisches Engagement.«

10 Süddeutsche Zeitung 27.8.2022.

Einleitung

Um das neue Normal sozial, ökologisch und demokratisch zu gestalten, bedarf es starker und breiter demokratischer Allianzen, die mutig genug sind, auch die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse zu thematisieren. Hans-Jürgen Urban fasst zusammen: »Insgesamt könnten sich die skizzierten Politiken im Kampf um ein sozial-ökologisches Sofortprogramm bündeln. Ein solches, Akteure und Interessenlagen integrierendes Projekt müsste den entsprechenden arbeits-, verteilungs- und demokratiepolitischen Anforderungen genügen und finanziell ausreichend dimensioniert sein. Unverzichtbar wären also eine offensiv-regulative Arbeitspolitik, ein unverteilendes Steuer-, Abgaben- und Beitragsregime sowie eine Demokratisierungsoffensive in Arbeitswelt und Wirtschaft. Wie immer seine Teilschritte ausfallen mögen, Ambitionen und Zielbilder müssen über den grünen Kapitalismus hinausweisen. Es geht um mehr als eine grüne Modernisierung der aktuellen Wirtschaft. An weitreichenden Eingriffen in die Strukturen und Spielregeln eines Wirtschaftsmodells, das aus sich heraus die systemische Übernutzung von Arbeit und Natur nicht beenden wird, führt perspektivisch kein Weg vorbei.«